

JAHRES BERICHT

caritas
KLEVE



„Kümmerer“-Projekt

„niederschwellige aufsuchende Wohnungslosenhilfe“

2024

Inhalt

1. Allgemeine Informationen	3
2. Personelle Aufstellung und Ausstattung	3
3. Statistiken und Berichtswesen 2024	4
4. Zielerreichung im Projekt	11
4.1 Erreichung der Zielgruppe	11
4.2 Erreichung der Ziele Stabilisierung und Vermittlung in Wohnraum.....	11
4.3 Zielerreichung Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit...	12
5. Förderliche Faktoren und Umsetzungshindernisse im Projektverlauf.....	13
6. Ausblick.....	14

Januar 2025

Caritasverband Kleve e.V.
Hoffmannallee 68-70
47533 Kleve

Einrichtung

Soziale Hilfen
Wohnungslosenhilfe
„Kümmerer“- Projekt

Ansprechpartnerin

Marie Laakmann
Katharina Egging

Leitung

Rita Fergen
Tel. 02821 7209-220
Fax 02821 7209-720
r.fergen@caritas-kleve.de

1. Allgemeine Informationen

Das Projekt zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit wird bereits seit dem 01.07.2022 vom Caritasverband Kleve umgesetzt. Es wird unter den Namen „niederschwellige aufsuchende Wohnungsnotfallhilfe“ aufgeführt. Das Beratungsmobil fungiert nun als fundamentales Werkzeug und ist mittlerweile ein Erkennungsmerkmal des Projekts. Das Projekt besteht aus konkreten Bausteinen:

- Etablierung eines mobilen niederschweligen Beratungsangebotes
- Einführung eines Fallmanagements zur organisierten und bedarfsgerechten Hilfeleistung
- Bildung und Ausbau von Netzwerken

2. Personelle Aufstellung und Ausstattung

Das Projekt ist dem Fachbereich Soziale Hilfen - Wohnungslosenhilfe angegliedert und ist durch Frau Laakmann und Frau Egging, ehemals Frau Scharfschwerdt mit jeweils 19,5 Stunden (eine Vollzeitstelle) besetzt. Seit April 2024 verfügt das Projekt über einen ehrenamtlichen Mitarbeiter, Herrn Michael Buil.

Bei der aufsuchenden Arbeit außerhalb der Beratungsstelle hat sich der ausschließlich gemeinsame Besuch von Einrichtungen der Obdachlosenhilfe bzw. die Kontaktaufnahme an einschlägigen Treffpunkten obdachloser Personen bewährt. Die Zusammenarbeit mit Ordnungsbehörden in kommunalen Einrichtungen der Notunterbringung von Obdachlosen besteht weiterhin fort. Im Laufe der Projektlaufzeit konnte eine enge Zusammenarbeit mit der Klosterpforte e.V. erzielt werden, sodass die niederschweligen und ersten heranführenden Hilfen installiert werden konnten. Nach erster Basisversorgung können weitere Vermittlungsangebote erfolgen.

Bereits seit Mitte Januar 2023 ist der Beratungsbuss im Einsatz. Das Fahrzeug bietet einen geschützten Raum für Gespräche, unterstützt bei Fahrten und Transporten. Ratsuchende werden mit Hilfe des Beratungsbusses an den entsprechenden Stellen aufgesucht und mit Bedarfen des täglichen Gebrauchs wie z.B. Hygieneartikel versorgt. Ebenfalls erhalten die obdachlosen Personen bei Bedarf Schlafsäcke und Isomatten, um bei schlechten Wetterverhältnissen besser geschützt zu sein. Zusätzlich werden Heiß- oder Kaltgetränke ausgegeben. Über diesen niederschweligen Zugang wird eine Bindung aufgebaut, Gespräche und Vermittlungen kleinschrittig ermöglicht.

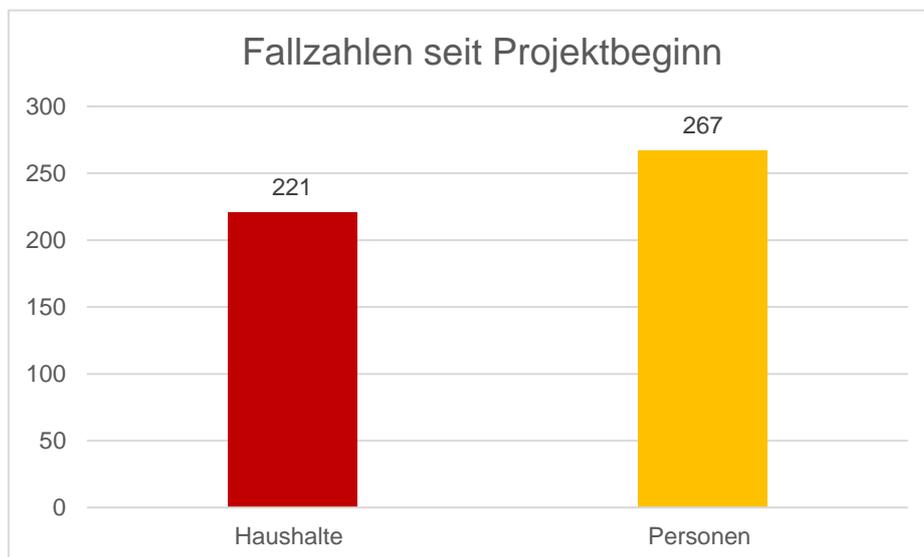
Die Erreichbarkeit ist über ein eigenes Diensthandy gesichert. Um Anträge oder Dokumente mobil zu bearbeiten ist der Beratungsbus mit einem Internetzugang (Hotspot) und mobilen Drucker ausgestattet. Somit können Hilfebedarfe umgehend ohne großen Aufwand bearbeitet und Ratsuchende an weitere Netzwerke angegliedert werden.

Durch die Anbindung an das Team der Wohnungslosenhilfe findet ein regelmäßiger Austausch mittels Teamsitzungen statt. In der trägerübergreifenden Zusammenarbeit (z.B. mit dem SkF) findet ebenfalls ein regelmäßiger Austausch statt. Die Sozialarbeiterinnen bilden sich stetig fort und sind Teilnehmer am „Arbeitskreis 67“ des Südkreises. In Kleve findet eine aktive Teilnahme am Runden Tisch zum Thema „Wohnungsnotfallhilfe“ statt.

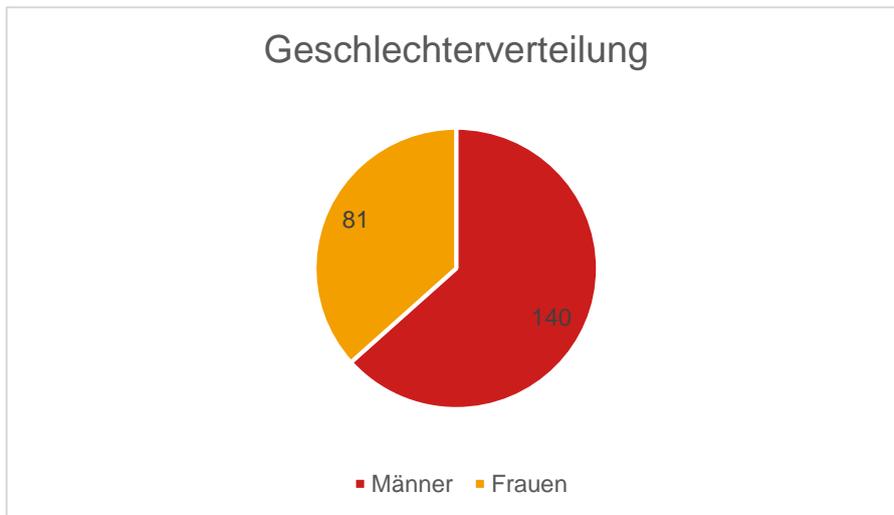
3. Statistiken und Berichtswesen 2024

Im Rahmen der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE“ findet im Quartal eine Abfrage zu den bisherigen Ergebnissen der Projektträger statt. Die GISS erfasst alle relevanten Daten und Informationen zum Projekt, wertet diese aus und erstellt eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen aller „Kümmerer“-Projekte. Das MAGS NRW nutzt die Ergebnisse der Quartalsumfrage unter anderem für die Öffentlichkeitsarbeit zur Landesinitiative. Die bisherigen Ergebnisse der Quartalsumfrage fügen wir im Anhang bei.

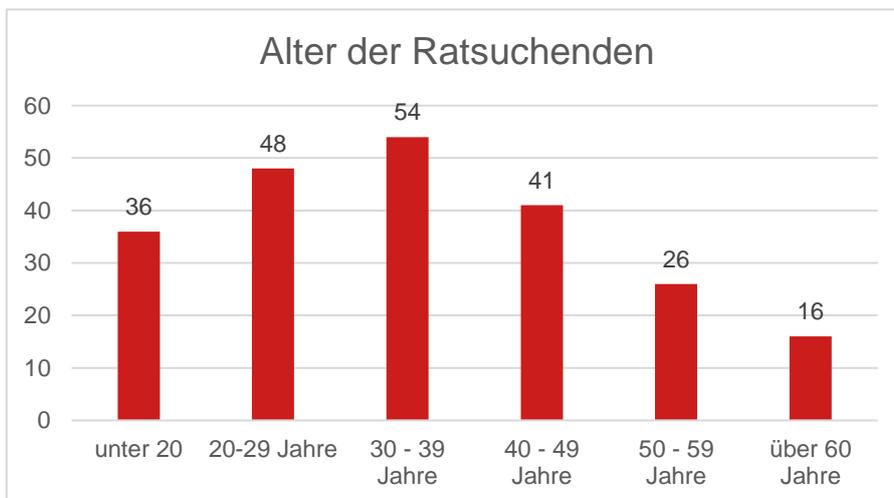
Folgend stellen wir die Zahlen zusammen:



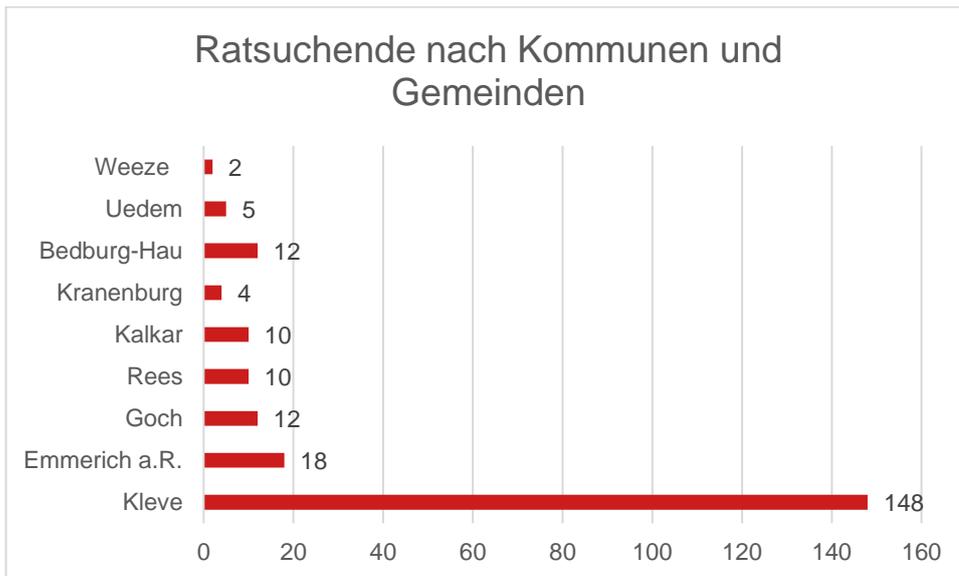
Seit Projektbeginn (01.07.2022) wurden insgesamt 221 Haushalte mit 267 Personen in das Projekt „Niederschwellige aufsuchende Wohnungsnotfallhilfe“ aufgenommen.



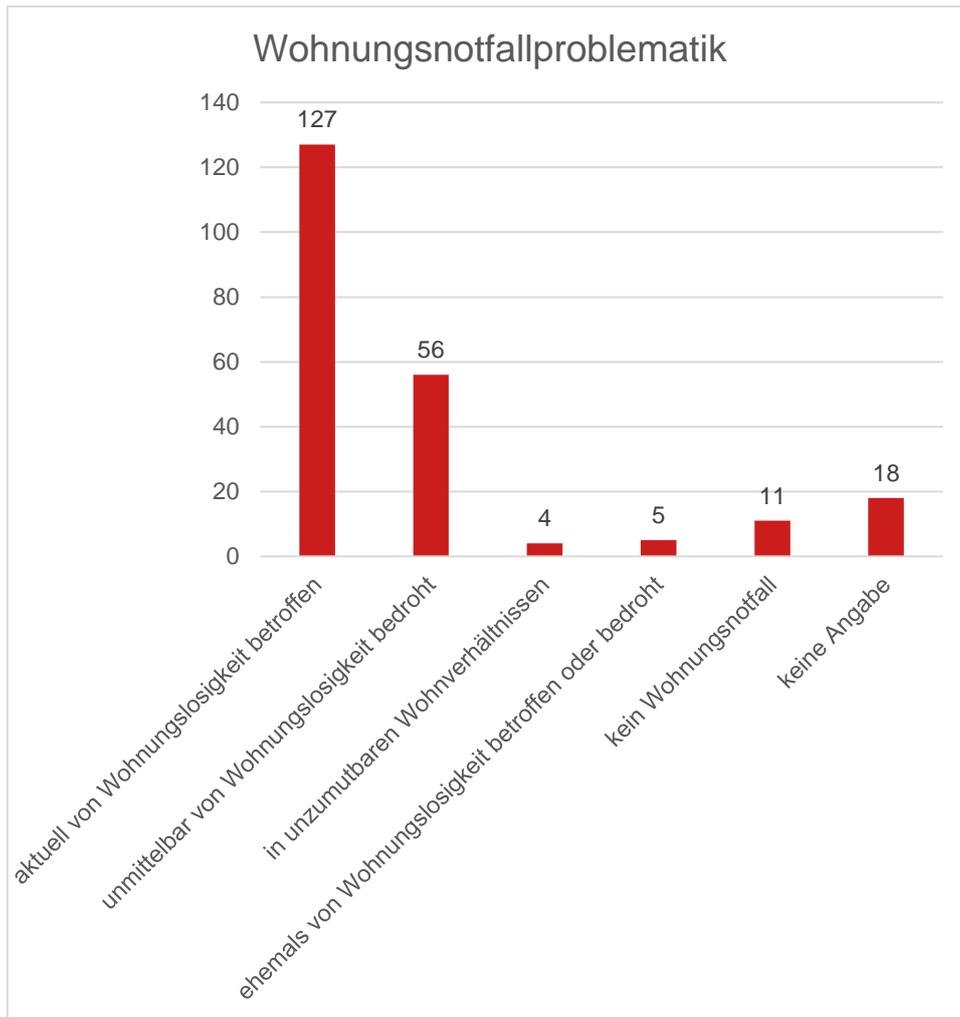
Die Geschlechterverteilung zeigt, dass 140 der Ratsuchenden männlich und 81 weiblich sind. Nach wie vor werden Menschen überwiegend an öffentlichen Plätzen erreicht (siehe 4.1).



Die Altersdiversität ist im Rahmen des Projekts gegeben, sodass eine Vielfalt der Altersgruppe zu erkennen ist. Trotzdem ließ sich im Verlauf des Projekts erkennen, dass Ratsuchende im Alter von über 60 Jahren vermehrt Unterstützung angefordert haben.



Die Verteilung der Kommunen zeigt, dass die meisten Projektteilnehmer aus der Kommune Kleve kommen. Das liegt daran, dass das Projekt fundamental in Kleve angebunden. Oftmals ist Grund, die vorhandene Infrastruktur (exemplarisch die ärztliche Versorgung, Haftentlassung, etc.). Flächendeckend ist es zudem schwierig mit dem angegebenen Stellenumfang die unterschiedlichen Kommunen und Gemeinden zu erreichen. Zusätzlich spielt die unterschiedliche Fahrzeit eine fundamentale Rolle. Die aufsuchende Arbeit wird aus Sicherheitsgründen zu zweit ausgeführt.



Die dargestellte Grafik bildet die Zielgruppe des Projekts „niederschwellige aufsuchende Wohnungsnotfallhilfe“ ab. Konkret richtet sich das Hilfsangebot an folgenden Personenkreis:

Menschen, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Wir sprechen hier von Hilfesuchenden, die aktuell wohnungslos sind (ohne mietrechtlich abgesicherten Wohnraum oder Wohneigentum). Während der Projektlaufzeit wurden insgesamt 127 betreut.

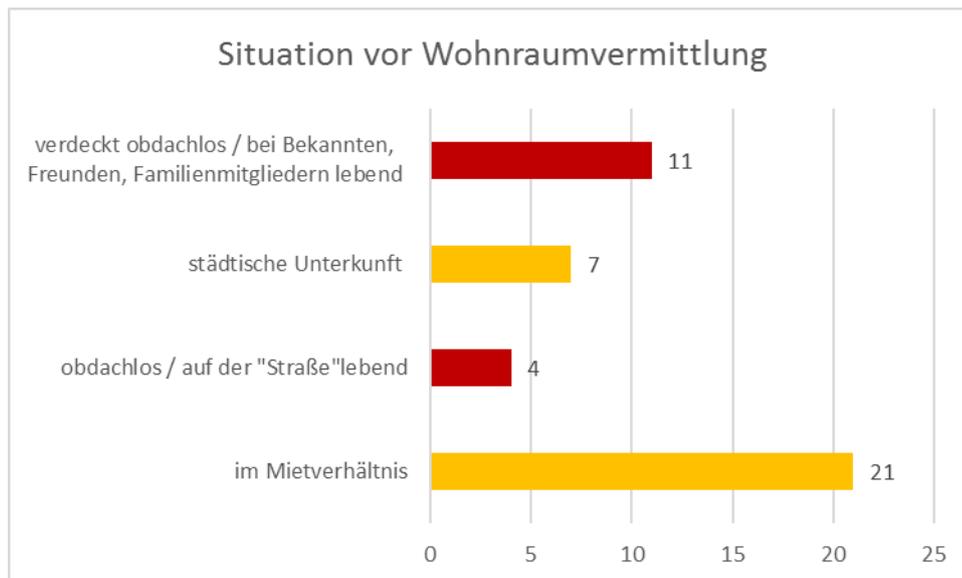
Menschen, die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Es droht ein zeitnaher Verlust des Wohnraums (z.B. durch eine Kündigung des Vermieters, eine Räumungsklage, Zwangsräumung oder sonstigen Gründen). Die Grafik zeigt eine Personenanzahl von 56.

Menschen, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben. Wohnraum ist vorhanden, jedoch unzureichend (bauliche Qualität, Größe, Ausstattung, etc.). Es wurden insgesamt 4 Hilfesuchende begleitet.

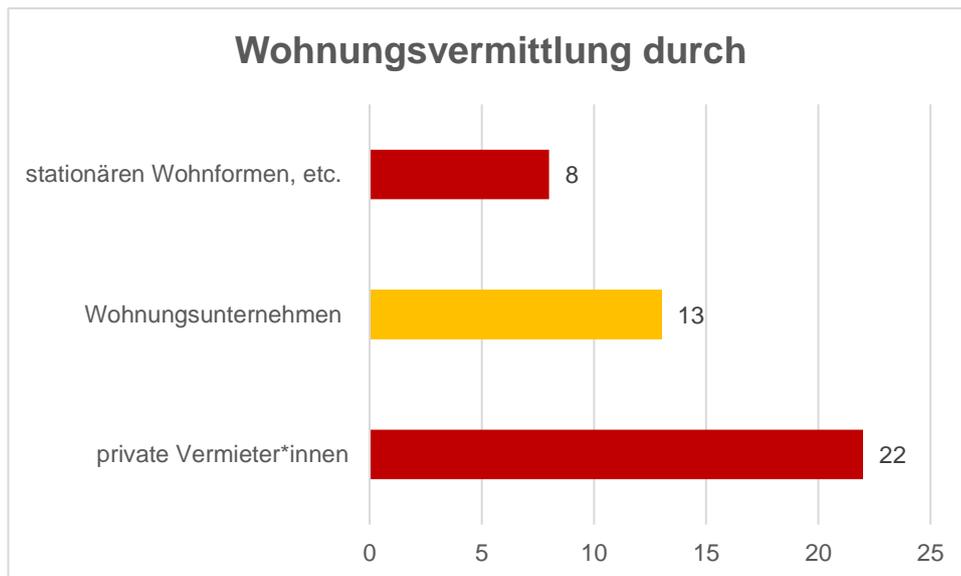
Menschen, die ehemals von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Dies bezieht

sich auf Hilfesuchende, die mit Wohnraum versorgt wurden und auf weitere Unterstützung angewiesen sind, damit der Wohnraum langfristig erhalten bleiben kann. Von der Mitarbeitenden wurden insgesamt 5 Personen betreut.

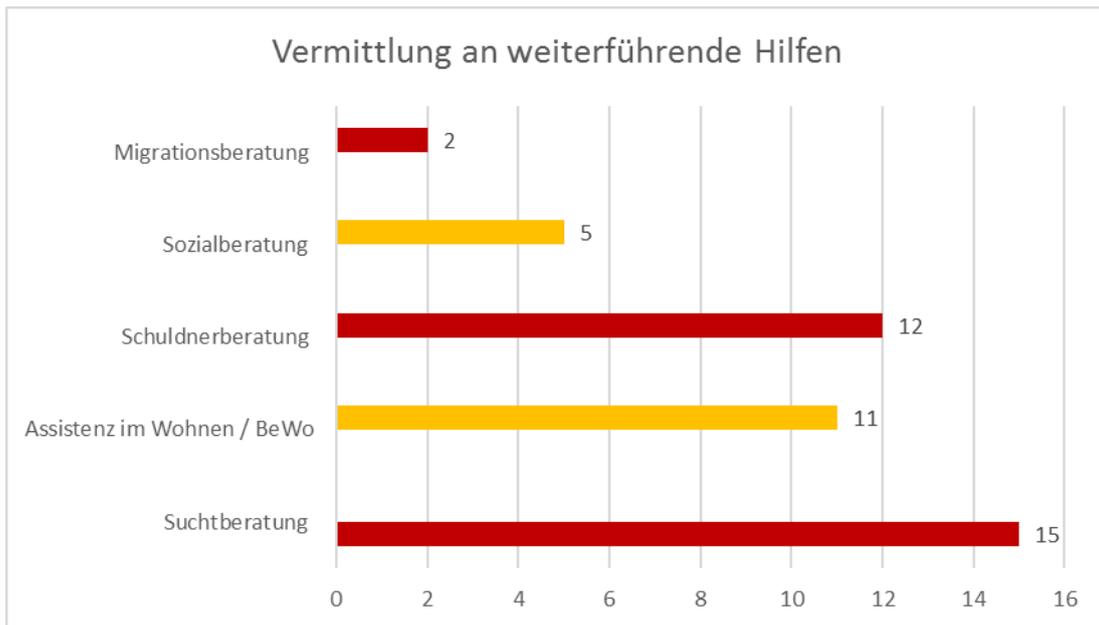
Des Weiteren wurden im Projekt 11 Personen betreut, die keine Wohnungsnotfallproblematik aufweisen. Hier kam es exemplarisch zu Konflikten im Wohnumfeld.



Die Grafik weist auf, wie die ursprüngliche Wohnsituation zu Projektbeginn war. Überwiegend standen die Ratsuchenden in einem vorigen Mietverhältnis. Aufgrund von multikomplexen Problemlagen konnten der Wohnraum nicht erhalten werden, sodass eine neue Wohnung gesucht werden musste (Alternativwohnraum). Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts erfolgreich 43 Wohnungen vermittelt. Oftmals macht es den Anschein, dass eine Vermittlung aus einer städtischen Notunterkunft nicht möglich ist. Jedoch weisen die Zahlen daraufhin, dass dies tendenziell möglich ist. Das gilt auch für den Personenkreis, der sich aktiv auf der Straße aufhält und dort nächtigt.



Insgesamt konnte ein Erfolg mit 43 Wohnungsvermittlungen erzielt werden. Darunter wurden 13 Wohnungen mittels Wohngesellschaften, 22 privaten Vermietern und acht Haushalte in stationären Wohneinrichtungen vermittelt. Darüber hinaus konnten 9 Wohnräume gerettet werden, durch eine Zahlung von Mietschulden oder Schlichtung der Konflikte. Bisher konnte keine Kooperation mit Wohnungsgeber erzielt werden. Die Wohnungen konnten überwiegend über private Vermieter*innen vermittelt werden. Stationäres Wohnangebot gibt es im Kreis Kleve kaum. Kapazitäten fehlen und die Zugangshürden sind oft noch zu hoch. Trotzdem verweisen wir die Projektteilnehmer:innen an die verschiedenen Angebote. Die meisten Teilnehmer:innen entscheiden sich jedoch gegen eine solche Wohnform.



Zu erkennen ist, dass ein Großteil der Hilfesuchenden in weiterführende interne Hilfen des Caritasverbandes vermittelt werden konnte. Dies ist kein Garant dafür, dass Wohnraum weiterhin erhalten bleibt (Nachhaltigkeit), jedoch sind Ratsuchende im Rahmen der Zusammenarbeit offen für die Installation eines Helfernetzwerkes zur Stabilisierung. Die Hemmschwelle nimmt somit ab und die Hilfesuchenden werden darin bestärkt sich auch an externe Beratungsdienste zu wenden. Die Eigenständigkeit des Einzelnen wird gefördert.

4. Zielerreichung im Projekt

4.1 Erreichung der Zielgruppe

Im Rahmen des Projekts „niederschwellige aufsuchende Wohnungsnotfallhilfe“ wurden Menschen aufgesucht, die von Wohnungslosigkeit bedroht und aktiv betroffen sind. Die Mitarbeiterinnen unterbreiten aufsuchend mit einem Beratungsbus an folgenden öffentlichen Plätzen ihr Hilfsangebot: Bahnhof, Stadtpark, Szenepplätze und Orte, an denen sich obdachlosen Menschen aufhalten. Zudem suchen sie Not- und Obdachlosenunterkünfte zielgerichtet auf Menschen, die unmittelbar von Obdachlosigkeit betroffen sind, werden z.B. über Netzwerkpartner (z.B. sozialpsychiatrischer Dienst) und interne Beratungsdienste vermittelt. Die offene Sprechstunde an der Klosterpforte führt ebenfalls dazu, dass diese Zielgruppe erreicht und ein spezifisches Hilfsangebot unterbreitet werden konnte.

Anfangs fiel es den Hilfesuchenden schwer Vertrauen zu fassen. Obdachlose Menschen schienen anfangs skeptisch und das Projekt der Wohnungsnotfallhilfe musste sich als ein eigenständiges Arbeitsfeld beweisen und an Widererkennungswert gelangen. Dies gelang, indem sich die Mitarbeiterinnen von der traditionellen Einzelfallhilfe abgewandt haben und den obdachlosen Menschen in einer akzeptierenden Haltung gegenübertraten. Wichtig schien es auch ihn in seiner ganzen Lebenswelt und der Gesamtheit seiner Erfahrungen zu betrachten (seine Bedürfnisse, seine Wünsche, seine eigene Geschichte und seine Zukunftspläne). Die Mitarbeiterinnen haben sich den Hilfesuchenden niederschwellig (z.B. über Ausgabe der Hygieneartikel und Schlafsäcke) genähert und dessen Freiwilligkeit akzeptiert. Die Hilfesuchenden waren nicht zur Mitarbeit verpflichtet, sondern entschieden eigenständig über das Hilfsangebot und dessen konkrete Umsetzung.

4.2 Erreichung der Ziele Stabilisierung und Vermittlung in Wohnraum

Im Konzept wurde die folgende Zielsetzung verschriftlich:

- Mobiles Beratungsangebot für niederschwellige Zugänge etablieren
 - Kontaktaufnahme zu den Zielgruppen
 - Vertrauen in das etablierte Hilfesystem und seinen Möglichkeiten auf- und ausbauen
 - Verhinderung eines weiteren sozialen Abstiegs
- Fallmanagement zur organisierten und bedarfsgerechten Hilfeleistung
 - Stabilisierung und Anbindung an z.B. das Suchthilfesystem
 - Vermittlung in Wohnraum

- Bildung und Ausbau von Netzwerken

Im Rahmen der Hauptphase konnte wie geplant das aufsuchende Beratungsangebot etabliert werden.

Die Einführung des Case Managements ist erfolgt. Die engmaschige und ganzheitliche Begleitung der Ratsuchenden führte vielfach zu einer deutlichen Verbesserung der Lebens- und Wohnraumsituation von Ratsuchenden. Im Projektverlauf soll ein weiterer Focus auf die bestehenden Strukturen und die Möglichkeiten einer Anbindung von Ratsuchenden gelegt werden, so dass von Seiten des Case Managements die zunächst die Funktion des Monitorings verbleibt. Ziel der Weitervermittlung ist die Schaffung neuer Kapazitäten im Bereich der aufsuchenden Arbeit.

Die vertiefende Bekanntmachung des Projektes erfolgt stetig über einen intensiven Austausch mit anderen Diensten als auch der Vorstellung in Sozialausschüssen.

Die Auswertung der klientelbezogenen Dokumentation erfolgt intern als auch mittels der Evaluation der Giss. Die Ergebnisse zeigen deutlich die hohe Akzeptanz des Angebotes und die vollständige Erreichung der Fallzahlen.

4.3 Zielerreichung Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit

Gut vernetzt! Fachtag in Goch

Am 08.10.24 fand der Fachtag der Wohnungsnotfallhilfe im Kreis Kleve unter dem Motto: „präventiv handeln-gemeinsam Lösungen finden-Ressourcen effektiv nutzen“ mit insgesamt 30 Teilnehmenden statt. Es wurde auf die steigende Anzahl an wohnungslosen Menschen und den fehlenden Wohnraum im Kreis Kleve aufmerksam gemacht. Die Mitarbeiterinnen stellten das Projekt der „niederschweligen aufsuchenden Wohnungsnotfallhilfe“ vor und konnten erste Vernetzungen mit Wohnungsgesellschaften und Bauverwaltungen (z.B. KKB-GmbH) aufbauen. Leider blieb die Teilnahme der privaten Vermieter aus, sodass die Wohnraumvermittlung weiterhin schwierig scheint.

Aktion „Weckmänner“ im Dezember

Mit Hilfe der bestehenden Kooperation der Bäckerei „Heicks und Teutenberg“ konnten die Mitarbeiterinnen das Projekt gemeinsam mit ihrem ehrenamtlichen Helfer am 17.12.24 insgesamt 100 Weckmänner und 50 Brötchen an obdachlose Menschen ausgeben. Zusätzlich wurden die Hilfesuchenden mit Kakao und Süßgetränken versorgt. Diese Aktion ermöglichte

es nochmals auf das Projekt der „niederschweligen aufsuchenden Wohnungsnotfallhilfe“ aufmerksam zu machen und obdachlose Menschen aufsuchen zu erreichen.

Austauschtreffen „Runder Tisch“

Im Rahmen des Projekts konnte ein Runder Tisch zur präventiven Wohnungsnotfallhilfe installiert werden. Insgesamt konnten 10 Austauschtreffen mit den verschiedensten Akteuren stattfinden (zuletzt im Dezember 2024) und eine Zusammenarbeit (z.B. mit dem Ordnungsamt) erzielt werden. Resultat der stattgefundenen Runden Tische ist der Austausch auf Kreisebene und die Evaluierung der Projekte.

5. Förderliche Faktoren und Umsetzungshindernisse im Projektverlauf

Das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum (auf dem freien Wohnungsmarkt) und die Zugangshürden bei dessen Anmietung gehört weiterhin schwerpunktmäßig zu den größten Schwierigkeiten innerhalb des Projekts. Wohnungsgesellschaften scheinen trotz Öffentlichkeitsarbeit kaum offen für eine Anmietung durch unsere Ratsuchenden zu sein (siehe Statistik). Häufig sind die Sozialarbeiter:innen oft auf Kooperationen mit privaten Vermietern angewiesen. Neben dem begrenzten Wohnraum, liegen die Wohnungen oberhalb der Angemessenheitsgrenze für Leistungsbezieher. Langwierige Bearbeitungszeiten beim Jobcenter erschweren ebenfalls den Erhalt von Wohnraum. Ohne die Zusammenarbeit mit der örtlichen Kirchengemeinde wäre der Erhalt und Neuvermietung von Wohnraum nicht möglich. Sie übernehmen zeitnah Darlehen und die Abwicklung verläuft zuverlässig. Seitens der Leistungsgewährung der Sozialämter ist eine zeitnahe Bearbeitung nicht immer gewährleistet. Hier wird sich eine Sensibilisierung und vorrangige Bearbeitung gewünscht, um Wohnungsgebern fristgerecht zu- oder absagen zu können.

Der zu Beginn stattfindende Beziehungs- und Vertrauensaufbau benötigt wiederholte Anläufe und ist mit einem großen Zeitaufwand verbunden. Bestehende Hilfebedarfe stellen sich erst im weiteren Kontakt heraus. Es ist erkennbar, dass die Hilfesuchenden bei minimalen Teilerfolgen (wie z.B. der Erhalt von Sozialleistungen) den Kontakt beinahe täglich zum Mitarbeitenden suchen, um weitere Erfolgserlebnisse sammeln zu können. Aufgrund der erhöhten Fallzahlen ist eine intensive Betreuung nicht möglich. Die Anbindung an das ambulant betreute Wohnen ist oftmals ein zu großer Schritt und mit einer Verbindlichkeit verbunden. Es wird sich ein Stellenausbau gewünscht, um den Hilfesuchenden adäquat helfen zu können und das Helfernetzwerk im Allgemeinen weiter auszubauen.

Die Hilfesuchenden verfügen über multiple Problemlagen, psychische Erkrankungen und/oder eine Abhängigkeitserkrankung. Oftmals ist die Wohnfähigkeit eingeschränkt oder nicht vorhanden. Insbesondere Wohnraum für psychisch- oder suchtkranke Menschen und große Familien ist kaum bis gar nicht zu erhalten. Von Vorteil wäre es, wenn sich das Jobcenter, die Behörde oder Einrichtung umgehend bei Konflikten mit Wohnungsgebern oder ersten ausstehenden Mieten an das Projekt wenden würden, sodass Wohnraum erhalten wird.

Eine weitere Schwierigkeit des Projekts zeigt sich wie oben genannt, in den hohen Fallzahlen (siehe Statistik, Haushalte 221, vornehmlich in Kleve). Es ist den Sozialarbeiterinnen kaum möglich alle Kommunen im Kreis zu „bedienen“ und ein Hilfsangebot zu unterbreiten, da die Problemlagen der Einzelnen zu komplex sind und erstmals eine Existenzsicherung ermöglicht werden muss. Die meisten unserer Ratsuchenden besitzen weder ein Einkommen, noch eine Krankenversicherung. Nicht selten sind unsere Hilfesuchenden über einen längeren Zeitraum von bis zu acht Jahren obdachlos und nicht Teil des Systems, sodass eine Heranführung und die Reintegration durch fehlende Nachweise erschwert ist. Dies ist wiederum mit einem erhöhten zeitlichen Aufwand verbunden. Zum derzeitigen Zeitpunkt sind wir die einzige niederschwellige aufsuchende Hilfe im Nordkreis. Hier ist eine Tendenz zu zusätzlichen Angeboten der aufsuchenden Arbeit erkennbar und dringend erforderlich. Durch das Projekt wird deutlich, dass bekannte Beratungsangebote zu hochschwellig sind. Die Teilnehmerinnen benötigen eine flankierende Begleitung, um andere Beratungsdienste zu beanspruchen und müssen zunächst in ihrer Selbstständigkeit gefördert werden. So kann eine Überleitung in andere Beratungsangebote stattfinden und eine langfristige Anbindung an diese erfolgen.

6. Ausblick

Das „Kümmerer“-Projekt konnte sich nun im Nordkreis etablieren und eine Präsenz aufbauen. Es benötigt weiterhin Wohnalternativen schwerpunktmäßig für psychisch- und/oder suchtkranke Menschen. Derzeit gibt es keine angemessene Wohnmöglichkeiten, um dieser Personengruppe im Nordkreis zu bedienen.

Die Projekte der Landesinitiative zum Thema Wohnungslosigkeit wurden erneut für 3 Jahre beantragt und bewilligt, sodass eine Projektfortführung möglich ist. Im Rahmen der kommenden Jahre, sollen Erfolge des Projekts der „niederschweligen aufsuchenden Wohnungsnotfallhilfe“ auf Kreisebene evaluiert und Projektinhalte angepasst werden. Ab dem 01.03.25 erfolgt eine Anpassung des Personals und zwei neue Mitarbeiterinnen werden das Projekt umsetzen (jeweils zu 19,5 Stunden).